

Parlamentarischer Vorstoss

2023/545

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Kann eine freie Schulwahl Kosten sparen?
Urheber/in:	Béatrix von Sury d'Aspremont
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	19. Oktober 2023
Dringlichkeit:	—

Die Bildungskosten in der obligatorischen Schulzeit beanspruchen einen grossen Teil des jährlichen Budgets, insbesondere bei den Trägergemeinden der Primarstufe. Innerhalb der Bildungskosten der Gemeinden nehmen auch die Ausgaben für Sonderpädagogik und andere Unterstützungsmassnahmen einen wichtigen Ausgabenposten ein.

Unsere Gesellschaft wird immer diversifizierter und etliche Kinder benötigen ein anderes Setting als die Beschulung in einer öffentlichen Primarschule einer Gemeinde. Es ist sehr aufwendig für Lehrpersonen für jedes Kind ein individuelles Betreuungskonzept zu finden. Die öffentlichen Schulen tun ihr Bestes. Aber auch hier wäre eine Weiterentwicklung wünschenswert. Deshalb besuchen manche Kinder eine Privatschule, die ein spezielles pädagogisches Beschulungskonzept anbieten. Für viele Eltern sind diese Privatschulen jedoch nicht finanzierbar und so bleiben diese Möglichkeiten nur einem kleinen Teil der Kinder und Jugendlichen offen.

Anders ist es in den Niederlanden. Dort gibt es eine Vielfalt und hohe Anzahl an Privatschulen. «Rund 70 Prozent der niederländischen Schüler besucht eine Privatschule (...) Die Schulen können von den Eltern frei gewählt werden – es besteht eine Gleichwertigkeit von öffentlichen und privaten Schulen. Oft sind Indikatoren wie die Konfession oder das pädagogische Konzept dafür ausschlaggebend. Der niederländische Staat trägt fast alle Kosten und vergibt an jede Schule ein Budget. Das können die Schulen selbst verwalten, auch das Personal muss davon bezahlt werden.»¹

Wie sieht es bei uns aus? Wären andere Lösungen denkbar? Ein Vorschlag wäre die Schaffung von sogenannten «Freien Schulen», die öffentlich finanziert und beaufsichtigt werden, das pädagogische Konzept jedoch frei wählen können. So könnte ein vielfältigeres und bedürfnisgerechtes

¹ <https://aha24x7.com/das-niederlaendische-schulsystem-unter-der-lupe/#:~:text=In%20den%20Niederlanden%20gehen%20Kinder,und%20dauert%20bis%20zum%202018.>

staatliches Schulangebot geschaffen werden, ähnlich wie in den Niederlanden. Die Eltern hätten somit die freie Wahl, das passenden Schulangebot auszuwählen.

Ich möchte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen bitten:

1. Wie viele Schülerinnen und Schüler benötigten sonderpädagogische Massnahmen in der Primarstufe in den Schuljahren 2017/2018 sowie 2018/2019, 2020/2021? Was sind die dadurch verursachten Kosten?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Überlegung, ob nichtstaatliche Schulen (Freie Schulen) mit einem anderen pädagogischen Konzept als demjenigen der staatlichen Regelschule manchen Schülerinnen und Schülern besser gerecht werden und teure sonderpädagogische Massnahmen ersparen könnten?
3. Könnte ein durch Freie Schulen ergänztes öffentliches Bildungssystem den Staat und seinen Bürgern unter dem Strich billiger kommen, durch Einsparungen für Abklärungen und sonderpädagogische Massnahmen, von Klassenrepetitionen, soziale Folgekosten bei Schulabbrechern usw.?
4. Ist der Regierungsrat bereit diesen Punkt in die Trägerschaftsdiskussion einfliessen zu lassen